



- Fachtag -

www.toleranter-kreis-kusel.de



Aktiv gegen
Rechtsextremismus,
Gewalt und
Menschenfeindlichkeit

Der Populismus eine Gefahr für die Demokratie oder eine Gefahr der Demokratie?

Montag, 23. April 2018, 14.30 Uhr,
Zehntscheune, Burg Lichtenberg



Regiestelle "Demokratie leben!" / Andreas Schickert

Gefördert vom



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

im Rahmen des Bundesprogramms

Demokratie **leben!**

"Partnerschaft für Demokratie Kusel"



Referent

Dr. Kurt Rüdiger, 1958 in Nürnberg geboren und aufgewachsen. Studium der Gesellschafts- und Sprachwissenschaften in Erlangen.

Promotion in Philologie an der Universität Sevilla. Dort lebt und arbeitet er seit 1996 zunächst als Lektor, später als Dozent für Germanistik.

Der Schwerpunkt seiner Lehrtätigkeit liegt seit einigen Jahren auf dem Gebiet der Sprache der Kommunikationsmedien. Neben zahlreichen Vorträgen und Veröffentlichungen zu rein philologischen Themen, wendet er sich aktuell eher kultur- und medienkritischen Themen zu, u. a. über die sogenannte "Wassermetaphorik im politischen Diskurs" (Lissabon, 2017).

Teilnahme am Fachtag ist kostenlos. Der Zugang zum Veranstaltungsort ist barrierefrei.

Anmeldung: Fach- und Koordinierungsstelle „Demokratie leben!“

im CJD Rheinland-Pfalz/Mitte – Mail: simone.schnipp@cjd-rlp-mitte.de

Ansprechpartner:

Werner Barthel, federführendes Amt „Demokratie leben!“
im Kreisjugendamt Kusel – Tel: 06381.424174

Simone Schnipp, Fach- und Koordinierungsstelle
„Demokratie leben!“ im CJD Rheinland-Pfalz/Mitte
Tel: 0170.92.33555

Like us on Facebook www.facebook.com/toleranter.kreis.kusel/



Vortrag: Der Populismus eine Gefahr der oder eine Bedrohung für die Demokratie?

A. Einführung

Zunächst einmal herzlichen Dank für die nette Einführung und den Veranstaltern für die Einladung zu dieser Tagung.

Angesichts eines Themas von solch eminenter Bedeutung in der aktuellen politischen Lage in, wenn nicht in Gesamteuropa, so doch in allerhand bedeutenden Mitgliedsländern der EU - und auch angesichts einer damit einhergehenden Komplexität der Angelegenheit, muss man sich als geladener Referent natürlich fragen, was man eigentlich an Originellem, Profundem oder schlicht Informativem beizutragen hat. Anders ausgedrückt: Nahezu jedes Institut für Politische Forschung, sei es universitär oder außeruniversitär, unterhält heutzutage eine (Unter-)Abteilung in Extremismusforschung mit genügend personellen, materiellen und logistischen Ressourcen, um relevante Resultate hervorzubringen. Warum also einen "Expat" einfliegen, der trotz einschlägiger politikwissenschaftlicher Grundbildung seit Jahrzehnten eher im Bereich Sprachwissenschaft und Sprachdidaktik zu Hause ist und zudem auf Grund seines Hauptwohnsitzes von der mitteleuropäischen Tagespolitik etwas abgenabelt erscheint?

Bei kritischer Selbstanalyse und Suche nach möglichen Einstiegspunkten im Rahmen meiner Möglichkeiten, bin ich letztlich auf drei Momente gekommen, die möglicherweise eine etwas andere Sicht auf manche Dinge eröffnen und deshalb etwas wie den inneren Leitfaden des anschließenden Vortrags bestimmen sollen.

1. Ich bin ein weitestgehend neutraler Beobachter, da von Haus auf meine politischen Mitgestaltungsmöglichkeiten als EU-Expat stark eingeschränkt sind. An meinem Wohnort steht mir nur das aktive Wahlrecht bei Kommunal- und Europawahlen zu. Ich könnte mich zwar via Konsulat an deutschen Bundestagswahlen beteiligen, sehe darin allerdings wenig Sinn, da mein Lebensschwerpunkt eindeutig und dauerhaft in Spanien liegt. Diese Ungebundenheit hat auf der Ebene der Analyse zweifellos ihre Vorteile, da das Urteilsvermögen nicht von irgenwelchen Bindungen der Art Parteidisziplin, Wahlkampfaktik o. ä. beeinträchtigt ist.
2. Im Zusammenhang damit habe ich als unabhängiger aber andererseits teilnehmender Vorortbeobachter einen relativ weiten Einblick in die lokal-spanischen Politikverhältnisse und Diskurslinien, wozu es eben ein Vorteil ist, wenn man die Ergebnisse, Nöte und Reaktionen auch aus der eigenen praktischen Lebenserfahrung einschätzen kann. Es ist gerade diese Innenperspektive, die, wie man immer wieder in Spontandiskussionen wahrnehmen kann, durch noch so ausgiebiges Quellenstudium von "außen" schwer zu ersetzen ist.
3. Im Spannungsfeld von multimedialer Information, Fake-News, Manipulation, Demagogie, Aufklärungs- und Überzeugungsarbeit tritt immer wieder zu Tage, welch tragende Rolle in der Intermediation politischer Inhalte die Versprachlichung bzw. die Metaphorisierung und Weiterverarbeitung ("suggestive analogical reasoning" heißt der dafür eingeführte Fachbegriff von Jeffrey Scott Mio, einem erkannten US-Wissenschaftler) der verschiedenen

Standpunkte hat. Es ist immer wieder auffällig, wie häufig aus oft nur zwei, drei Ausgangskonzepten semantisch geschlossene Denk- und Sprachgebäude errichtet werden, die sich im fortlaufenden Diskurs als immer hermetischer erweisen. Diese Mechanismen sind oftmals aus kommunikations- und sprachwissenschaftlicher Perspektiven einfacher zu erschließen und zu verfolgen, vor allem, weil sie m.E. schleichende Übergänge besser erfassen können als kategoriell, politologische Konzepte.

So viel zu meinem persönlich-professionellen Zugang zu der Materie. Nun zu der Gliederung und logischen Abfolge des Vortrags:

Die Frageform im Titel ist nicht zufällig gewählt. Wenn wir etwa die Nachkriegsgeschichte Deutschlands betrachten, so würden wir diese klassisch sozialkundlich-zeithistorisch als einen zwar zähen aber durchaus Triumphzug der demokratischen Gesellschaftsform charakterisieren. In der Bundesrepublik entstand buchstäblich aus den Trümmern, die das Desaster des NS-Regimes hinterlassen hatte, eine prosperierende, demokratische Gesellschaft, die sich allen Kritiken wie "Unter den Talaren der Muff von tausend Jahren" zum Trotz als innerlich stabil und entwicklungsfähig erwiesen hat. Mit dem Fall der Mauer '89 und der Wiedervereinigung im drauffolgenden Jahr galt der Demokratisierungsprozess für nun Gesamtdeutschland nach einhelliger Meinung für vorläufig abgeschlossen. Und jetzt erfahren politische Strömungen in diesem Land einen Zulauf, die man eigentlich für klinisch tot oder allenfalls marginal gehalten hat.

Die Frage, die sich die BRD-Gesellschaft im 2. Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts stellen lassen muss, wird also sein, wieso urplötzlich große Teile eines weitgehend mit den Verhältnissen zufrieden geglaubten Volkes aus diesem jahrzehntelang vermeintlich so gut funktionierenden, solidarischen Konsens ausscheren. Offensichtlich spricht allerhand dafür, dass die so harmonisch geglaubte demokratische Gesellschaft selbst ihre Antithese hervorbringt. Wie soll man sich das erklären?

Folgende Argumentationsschritte erscheinen mir bedeutsam:

- Zunächst die ursprüngliche Problemwahrnehmung
- Im Anschluss: Was sind eigentlich Demokratie und demokratischer Prozess?
- Welche ist die dabei dem Volk als eigentlichem Souverän zugeordnete Rolle?
- Wie gestaltet sich im Verlauf das Verhältnis von Volk und Repräsentation?
- Wie wird u.a. aus Protestbewegungen eine politische Bewegung?
- Welche Populismen treten auf den Plan, wofür stehen sie? Wie konstituieren sie sich? Wie performen sie? Welche Evolutionen sind zu erwarten?
- Welche Auswirkungen hat der populistische Diskurs auf den des angenommenen demokratischen Mainstreams bzw. Establishments?
- Kleiner Ausblick und Überleitung zur anschließenden Debatte

B.1 ursprüngliche Problemwahrnehmung

Wenn wir ehrlich sind, müssen wir zugeben, dass uns das Thema Populismus ursächlich weniger auf Grund seiner tatsächlichen oder vermeintlichen Inhalte

interessiert – der abseitigen Vorstellungen über Staat und Gesellschaft sind viele und längst nicht alle ein hinreichender Grund, für sie eigens Fachtagungen oder ähnliches in die Welt zu rufen. Zu einem zwingenden Gegenstand kritischer Auseinandersetzung werden Populismen in erster Linie, weil sie als **Störfaktoren** im politischen Tagesgeschäft und da vor allem beim Initialakt jeder Legislaturperiode, der Regierungsbildung bzw. -einsetzung verhaltensauffällig werden. Davon können die beiden Länder Spanien und Deutschland, auf die in diesem Vortrag das Hauptaugenmerk gerichtet wird, wahrlich ein Liedchen singen. So wird Spanien seit den letzten Landeswahlen, für die immerhin zwei Anläufe im Abstand von einem halben Jahr nötig waren (11/2015; 06/2016), von der rechtskonservativen PP unter der Führung von Mariano Rajoy weiter allein regiert, allerdings mit einem Stimmenanteil von nur 30%, so dass die Einsetzung überhaupt nur möglich war, weil die rechtspopulismusverdächtige (dazu später!) Partei Ciudadanos (Bürger) ihre Zustimmung gegeben hatte und die sozialdemokratische PSOE durch eine abgesprochene Teilenthaltung erst eine einfache Mehrheit im zweiten Wahlgang ermöglicht hatte. Seitdem laboriert das Regierungsgeschäft daran, das nahezu für jeden relevanten Beschluss (z.B. Haushalt) adhoc-Gestaltungsmehrheiten zusammengestottert werden müssen.

Das deutsche Drama brauche ich Ihnen nicht zu erzählen, das haben Sie hautnäher mitbekommen: Nach dem im Herbst gescheiterten Karibikabenteuer und langem Hin und Her bereits die dritte GROKO in relativ kurzem Zeitraum mit nur einem Intermezzo. Auf soviel "Liebesheiraten" haben es noch nicht einmal Liz Taylor und Richard Burton in ihren besten Zeiten gebracht und so restlos will an den Bestand dieser Liaison eigentlich keiner glauben.

Ich will an dieser Stelle nicht an mich halten und die lange zurückliegende Vision eines längst verstorbenen deutschen Spitzenpolitikers zum Besten geben, der - sagen wir es mal vorsichtig – zeitlessly für eine etwas machiavellistische Sicht des demokratischen Procedere bekannt war:

"Wenn es einer seriösen Rechtspartei [] gelingt, auf Dauer über die 5%-Hürde zu kommen, wäre die Koalition aus CDU/CSU und FDP nicht mehr mehrheitsfähig [] Eine Koalition aus SPD und Grünen ist für mich keine demokratisch akzeptable Alternative. Der Gedanke einer Großen Koalition weckt mehr Unbehagen als Zuversicht. Wo also bleibt die Bewegungsfähigkeit der Union? [Man] erkennt nicht, dass auf der rechten Seite zwangsläufig ein Vakuum entstehen muss, wenn sich die CDU in Konkurrenz zur SPD auf einen Wettlauf nach links einlässt. [] Es geht nicht um rechtsradikale Narren, [] aber wenn sich eine Rechtspartei bildet mit einem populistischen Programm und einer charismatischen Führung, dann stimmt die ganze Lagertheorie von CDU und FDP endgültig nicht mehr. Dann müsste man entweder mit dieser Rechtspartei und der FDP zusammengehen, was kaum möglich ist, oder [...das] Ziel einer neuerlichen [linken] Koalition wäre nach den nächsten oder übernächsten Bundestagswahlen erreicht."
(Franz Josef Strauß †)

Sehen wir einmal davon ab, dass diese Aussage eine gewisse Zeit vor der damals noch nicht – jedenfalls nicht so zeitnah – absehbaren deutschen Wiedervereinigung getroffen wurde, was letztlich das Spektrum der im Bundestag vertretenen Parteien noch zusätzlich erweitern sollte, wohnt diesem Gedankengang – wenn auch aus sehr parteilicher Sicht – eine bemerkenswerte visionäre Kraft inne. Zu seinen

Überlegungen, bzw. denen seiner innerparteilichen Erben, werden wir an späterer Stelle noch einmal zurückkommen. An diesem Punkt nur soviel: Allen Freunden eines möglichst reibungslosen Regierungsgeschäfts dies- und jenseits der Pyrenäen kommen angesichts der neuen Lage heftige Nostalgiegefühle bezüglich der alten Situation mit zwei annähernd gleichstarken Blöcken und allenfalls dem einen oder anderen "Zünglein an der Waage" hoch.

Eine erste negative Bestimmung als "Störenfried" für den demokratischen

Alltagsbetrieb wäre damit getroffen, allerdings gilt sie in ihrer Allgemeinheit erst einmal ausnahmslos für **jede** neu auf den Plan getretene Partei solange diese nicht koalitionswillig ist, bzw. als koalitionsgeeignet erachtet wird.

Damit kommt jedoch ein zweites Beurteilungsmoment ins Spiel, das zunächst von den etablierten Parteien selbst ausgeht: Praktisch jede, plötzlich erfolgreiche, neue Partei musste sich zumindest eine Zeit lang den Vorwurf des Populismus gefallen lassen, der sich aus der recht schlichten Beobachtung eines verständlicherweise erst einmal auf wenige Kernpunkte reduzierten Programms speiste und damit wurde gleichzeitig Politikfähigkeit im Allgemeinen und Koalitionseignung im Besonderen in Zweifel gezogen. Dies geschah so mit den Grünen in ihren Anfangsjahren – und selbst später, als man Joschka Fischer, längst im Armanianzug auf der Couch seiner Amtskollegin Madeleine Albright angekommen, etwas populistisch würde ich sagen, seine längst verflossene Jugend als Streetfighter genüsslich unter die Nase rieb.

Das galt natürlich für den Vorläufer der Links-Partei, PDS, der man vorwarf "ostaligisch" den Vereinigungsprozess zu torpedieren – auch das hatte seinen Fortbestand, wenn man bedenkt, dass der allen hier wohlbekannte frühere Landesvater Kurt Beck zeit seiner politischen Laufbahn immer nur von der "sogenannten" Linkspartei gesprochen hat, was ebenfalls die Unterstellung enthielt, denen ginge es nicht einmal um drei, vier plakative linke Anliegen, sondern um etwas ganz anderes – was auch immer. Ähnliche Verdikte wurden auch den "Piraten" zuteil, denen das Nachtreten wohl hauptsächlich deshalb erspart blieb, weil sie wieder weitgehend in der Bedeutungslosigkeit versunken sind.

- Kleiner Einschub: Was wäre denn geworden, wenn der Autor des obigen Zitats seine seinerzeit virulente Drohung wahrgemacht hätte und den Aktionsradius seiner Lokalpartei auf das gesamte Bundesgebiet ausgedehnt hätte? Um Platz für sich zu schaffen, hätte er ja wohl genau den rechtspopulistisch-charismatischen Führer geben müssen, als den ihn ohnehin schon viele damals sahen und vor dem er gleichzeitig so eindringlich gewarnt hatte.

Für die zunächst negative Annäherung an den Populismusbegriff sind m.E. mehrere Gründe bedeutsam:

1. "Populismus" ist im Unterschied zu anderen in der Politik geläufigen "-ismen" wie Sozialismus, Kommunismus, Liberalismus, Konservatismus, Ökologismus, Pazifismus **kein** Prädikat, das sich einer seiner Anhänger **selbst** mit dem jeweiligen Stolz an die Brust heften würde. Es wird vielmehr in einer Art externer Evaluierung für einen vermeintlichen oder tatsächlichen Politikstil vergeben. Nachvollziehen kann man das u.a., wenn man die Namen einigermaßen relevanter internationaler Populisten betrachtet: in **FPÖ** und "**Partei für Freiheit**" (NL) kommt das Bekenntnis zu einem unveräußerlichen Verfassungswert zum Ausdruck, **Ciudadanos** heißt schlichtweg "Bürger", bei

Podemos weiß man nicht so recht, ob man von einer Lehnübersetzung eines bekannten Wahlkampflogos von Barrack Obama ("Yes, we can!") oder eines nicht minder bekannten Zitats von Angela Merkel ausgehen soll ("Wir schaffen das!"). Allenfalls bei **AfD** wird eine gewisse Zielsetzung insinuiert, die m.E. im Sinne ihrer Ideologie noch deutlicher würde, wenn zwischen A und f ein Gedankenstrich platziert würde – aber ich bin ja nicht hier, um dieser Gruppierung noch Schützenhilfe in Sachen Imagepflege zu geben.

2. In sattsam bekannter Dialektik hat **Ausgrenzung** immer auch einen Binneneffekt der **Eingrenzung** des Typs: Wer hier für ordentliche Politik zuständig ist, das sind **WIR!**

Dies ist, wie wir ein paar Abschnitte weiter hinten sehen werden, ein regelrechter Steilpass in den Lauf populistischer Strategien:

Der Gedanke an die "Kaste" der Politiker, des hermetischen Verbunds von Staatsgewalt und Medienlandschaft (Stichwort: "Lügenpresse") – summa summarum das Bild einer Trennung von: "Die da oben – wir das gemeine Volk" – das mit seinen berechtigten Nöten und Anliegen dasteht, wie der Landmann vor dem Justizpalast in der berühmten Türsteherfabel von Franz Kafka – das ist **DIE** Sollbruchstelle an der populistische Demagogie ihren Hebel ansetzt, indem sie sich als gleichfalls abgewiesener Vertreter des gemeinen Volks als mit diesem verbrüdetes Opfer staatlicher Willkür inszeniert. Auch dazu noch mehr an anderer Stelle.

Die Anschlussfrage wird sein: Inwiefern bringen Demokratie, respektive demokratische Prozesse eine solche Antithese gewissermaßen aus sich selbst hervor?

B.2 Demokratie und demokratischer Prozess

Zur Demokratie:

Beginnen wir einfach mit der knappen Definition des DUDEN:

- 1.a. politisches Prinzip, nach dem das Volk durch freie Wahlen an der Machtausübung im Staat teilhat.
- b. Regierungssystem, in dem die vom Volk gewählten Vertreter die Herrschaft ausüben
2. Staat mit demokratischer Verfassung, demokratisch regiertes Staatswesen
3. Prinzip der freien und gleichberechtigten Willensbildung und Mitbestimmung in gesellschaftlichen Gruppen

Das hört sich zunächst einmal knapp, kohärent und überschaubar an, wie man es vom DUDEN auch nicht anders erwartet hätte – ist es aber nicht, wie wir gleich sehen werden.

Konzentrieren wir uns zunächst auf die beiden ersten Punkte. Mit gewissem semantischen Feingefühl entdeckt man da schon eine Kluft zwischen "durch freie Wahlen an der Machtausübung teilhaben" und "Ausüben der Herrschaft der vom Volk gewählten Vertreter" sprich: zwischen der Bestellung der Macht und der Ausübung derselben.

In der Tat ist der Streit um die **richtige** Auffassung von Demokratie ungefähr so alt wie der Begriff selbst. Das geht von Aristoteles' Unterscheidung zwischen "Politie" als

guter Form der Mehrheits Herrschaft (entspräche modern in etwa der Wirklichkeit einer repräsentativ-parlamentarischen Demokratie wie z.B. der deutschen) und der **schlechten** Demokratie (entspräche modern wohl Konzepten direktdemokratischer, plebiszitärer, sehr abwertend auch Pöbelherrschaft genannten Machtausübung). Nach einem großen Sprung in der Historie geht das weiter mit dem nur stückweise herausgerückten aktiven Wahlrecht in den gleichwohl von Anbeginn demokratisch verfassten USA: zunächst nur weiße Männer ab einem gewissen Vermögen, dann alle weißen Männer, dann – mit einem Bürgerkrieg dazwischen – alle Männer und schließlich alle erwachsenen Staatsbürger (Männer und Frauen) – zusammengerechnet ein Kompetenzerweiterungsprozess, der immerhin in etwa 150 Jahre in Anspruch nahm. Von der Schweiz (volles Frauenwahlrecht erst seit 1971 und der Auflösung des Apartheid-Regimes in Südafrika in den 1990ern wollen wir nur insofern reden, als diese sich ja auch bereits vorher als demokratische Gesellschaften definiert hatten. Diese Aufzählung von Filtern und Hürden für Volkes Stimme, die man im Detail natürlich noch erheblich weiterführen könnte, veranschaulicht, dass eben doch eine gewisse Trennung von Herrschaft und gemeinem Volk vollzogen wird und ist gleichzeitig Ausdruck einer tiefen Skepsis, wohin der „ungezügelt“ Volkswille wohl führen möchte.

Dies alles in epischer Breite auszuwalzen, würde mehr als ein politologisches Oberseminar füllen, wir wollen uns auf einige für unseren Gegenstand wichtige Gesichtspunkte beschränken:

1. An dem zähen Ringen um die Teilhabe an der Machtbestellung wird implizit natürlich deutlich, wie sehr es dem „inner circle“ darauf ankommt, diese Macht auch für sich zu erhalten. Dies dementiert einerseits die von Hitler und den Nationalsozialisten gebrauchte, herabwürdigende Bezeichnung des Reichstags als „Quasselbude“ – es geht da eben schon um Sachentscheidungen von gesellschaftlicher Tragweite und damit notwendigerweise auch darum, welches parlamentarisch mehrheitsfähige Partikularinteresse gegen ein anderes, parlamentarisch minoritäres als neues Allgemeingut durchgesetzt wird. Dabei geht es – weiß Gott – nicht immer friedlich-schiedlich zu (in Extremfällen wird dann auch mal das Bundesverfassungsgericht als Schiedsstelle angerufen), aber summa summarum würden die schon Etablierten dabei erkennbar gerne weiterhin unter sich bleiben.
2. Dies verstärkt dann natürlich, unabhängig davon, wie gut oder schlecht die dahinterstehenden Absichten sein mögen, schon den Eindruck einer vom gemeinen Wahlvolk abgetrennten „politischen Kaste“, eines „Die da oben – wir da unten“, was bekanntlich **alle** populistischen Gruppierungen egal welcher Richtung oder Provenienz genüsslich im Rahmen ihrer Propaganda auslacht. Die faktische Zurückweisung des Establishments rückt sie in ihrer Agitation dann näher an das „gemeine Volk“ und immer näher je brüsker diese ausfällt. Logischerweise gelangen dann sämtliche – auch die oben nicht aufgezählten – Filter als Hemmschuh für die Durchsetzung der von ihnen vertretenen Anliegen in den Fokus der Kritik, was auch m.E. den Widerspruch auflöst, dass sich in letzter Instanz autoritär denkende Gruppierungen so vehement für plebiszitäre, direktdemokratische und in letzter Instanz, sozusagen aus „purer Selbstverteidigung“, auch radikale Prinzipien begeistern.

(Einschub: Ein gewisser Pragmatismus ist der Überlegung nicht abzusprechen, dass man eher größere Volksteile demagogisch auf seine Seite zu ziehen vermag, als 50 % der Hinterbänkler konkurrierender konventioneller Parteien zur Aufgabe ihrer Fraktionsdisziplin zu bewegen.)

Wie wir sehen, liefert das System aus seinen inneren Bewegungsgesetzlichkeiten heraus einmal mehr ein paar apriorische Steilvorlagen für demagogische Strategien, schon bevor sich irgendeine empirisch nachweisbare Bewegung tatsächlich dieser bedient. (Nachklapp: in einem Artikel, den ich in der Vorbereitungsphase zu diesem Vortrag gelesen habe, beschreibt Calogero Pizzolo detailliert, wie bolivarianische, also linkspopulistische Bewegungen in Bolivien, Ecuador und Venezuela genau diese verlockend klingenden Direktdemokratie nutzen, um damit systematisch bestehende Verfassungsartikel und sogar -organe auszuhebeln. – Das wäre aber wohl etwas zu umfangreich und akademisch für den hiesigen Zweck.) Nachdem wir nun ein paar abstrakt-systemische Angriffsflächen der Zone „Die da oben“ dargestellt haben, ist es nun angebracht, dieses rätselhafte Kollektivsubjekt „Volk“ – also den eigentlichen Souverän des Ganzen etwas näher in Augenschein zu nehmen. Schließlich geschieht ja alles, was Machtausübende und Anwärter darauf so vortragen immer „im Namen des Volkes“.

B.3 Das Volk – der Souverän

Dass Volk und Wahlvolk nicht unbedingt dasselbe sein müssen, haben wir schon im vorangegangenen Abschnitt gesehen. Für Deutschland 2018 können wir diese Unterscheidung indes weitgehend als überwunden betrachten, wenn wir hier einmal etwas leichtfertig über die omnipräsente Frage nach dem Ausländerwahlrecht hinwegsehen. (– Ein kleiner Ausflug in die iberische Landeskunde: Dass man in dieser Frage auch sehr offenherzig verfahren kann, belegen ausgerechnet die des Sezessionismus beschuldigten Verfechter der katalanischen Unabhängigkeit: Zu ihren Volksbefragungen, bzw. Referenda haben sie ohne weiteres jeden erwachsenen Zuwanderer aus Restspanien, der zum Wahlzeitpunkt für mehr als 6 Monate seinen ständigen Wohnsitz in Katalonien hatte, zugelassen. Und das bei nicht weniger als der Schicksalsfrage der Nation schlechthin „Eigener Staat oder Verbleib im spanischen Verbund?“ und eingedenk der Gewissheit, dass gerade von der Peergroup der Neuankömmlinge wohl kaum gleich mit einer breiten Zustimmung zur „Selbstosmanisierung“ zu rechnen gewesen wäre!)

Das nur als Randnotiz, im Grunde möchte ich an dieser Stelle eher die bereits von Rousseau eingeführte, aber m.E. ungemindert aktuelle Doppelnatur des Bürgers als (a) Bourgeois/Privatsubjekt und (b) als Citoyen/Staatsbürger thematisieren. Für Anwesende, die mit diesem etwas gehobenen sozialkundlichen Thema nicht so vertraut sind, aber auch für alle anderen, sei die Essenz dieser Unterscheidung kurz erläutert: Es ist die Vorstellung eines freien Individuums, das als Privatsubjekt erst einmal nur sich selbst und seinen Ansprüchen und Interessen verpflichtet ist, sich aber andererseits in der Pflicht weiß, allgemeinen Regeln, die gegebenenfalls auch Einschränkungen für das

per se schrankenlose Eigeninteresse bedeuten, zu folgen, im Bewußtsein, dass eine gemäßigte Verfolgung des Eigeninteresses nicht ohne einen allgemeingültigen Rahmen zu haben ist. (Für Freunde des Philosophierens: Das klingt ein wenig wie die reziprok-resignative Formulierung von Kants kategorischem Imperativ). Dass das Ausleben dieses Doppelcharakters nicht gänzlich ohne innere und äußere Widersprüche auskommt, liegt auf der Hand – Nur selten werden Eigeninteresse und Allgemeinwohl völlig bruchlos Hand in Hand gehen. Dazu, dass der Verzicht, bzw. die Rücknahme auf persönliche Maximalansprüche überhaupt reibungsarm zu Stande kommt, muss irgendein – fiktiver oder realer – Grund für das Individuum vorliegen, um diese Zurücknahme vor sich selbst zu rechtfertigen, andernfalls ist Unzufriedenheit die unmittelbare Konsequenz. Nun ist zwar ausnahmslos **jeder** irgendwann einmal unzufrieden mit der Welt, die ihn umgibt, und deren Wirkungen auf ihn, ohne deshalb gleich zum “Outdrop” oder glühenden Anhänger extremistischer oder radikaler Anschauungen zu werden, doch ist dazu nötig, dass er sich auf die vom System selbst dargebotenen Mitwirkungs-, bzw. Einflussmöglichkeiten (Parteien, Gewerkschaften, Kirchen oder sonstige staatszugewandte Vereinigungen) positiv bezieht und von ihnen eine zumindest hinnehmbare Lösung oder partielle Zufriedenstellung seines ursprünglichen Anliegens erhofft. Da wohl selten die vollen 100% seiner Ausgangsvorstellungen “überkommen”, ist es wohl letztlich eine rein subjektive Frage, wann die Dopaminausschüttung wieder in hinreichendem Maße erfolgt. Es mag vielleicht etwas sonderbar anmuten, dass in einem Abschnitt über das Volk so ausgiebig über die Irrnisse und Wirrnisse des Individuums räsoniert wird, doch ist, wenn der Rousseausche Ausgangsgedanke als zutreffend erachtet werden soll, das Volk nicht mehr als ein Abstraktum, als Summe seiner Teile, sprich: Individuen. Zum Volk als Realie wird es entweder indem sich massenhaft Individuen positiv auf einen bestehenden gesellschaftlich-politischen Rahmen beziehen und systemimmanent versuchen, ihre jeweils partikularen inneren Widersprüche damit zu versöhnen, oder dies ebenso massenhaft negativ beantworten (z.B. “Wir sind das Volk”) und als mehr oder weniger zahlenkräftiges Kollektiv aus dem Systemkonsens ausscheren (Letzterer Gruppe gehört wohl die besondere Sorge, die uns hier versammelt hat!)

Im folgenden Abschnitt wird zu klären sein, welche Möglichkeiten der Beförderung ihrer Vorstellungen das demokratische System Individuen, Volksteilen oder Volksganzem anbietet und wie sich daran die Geister scheiden können.

B.4 Volk und Staat

Haben wir in den vorangegangenen Kapiteln, sehr holzschnittartig zugegebenermaßen, versucht das institutionelle Grundverhältnis zwischen Volk und Regierung, Macht oder Staat, sowie die innere Zerrissenheit der einzelnen Bürger, die in ihrer Aufsummierung erst das Kollektivsubjekt Volk ausbilden, analysiert, so wäre jetzt zu untersuchen, welche Möglichkeiten bzw. Unmöglichkeiten das bestehende System seinem Volk anbietet, die Transformation von jeweiligem Privatinteresse oder -anschauung in allgemeinwohlverpflichtete, konkrete Politik zu befördern, um so einen friedlichen

Veröhnungsprozess im Inneren jedes einzelnen so wie im gesellschaftlichen Rahmen zu erzielen.

Kehren wir zurück zu unserer DUDEN-Definition:

Punkt 1: Beteiligung an Wahlen

Die periodische Ausschreibung von allgemeinen Wahlen ermöglicht dem Einzelbürger im mathematischen Verhältnis von **1/Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen** einen vorläufig einmaligen Beitrag zur Proportionierung der Repräsentation auf Basis der angetretenen Kandidaten bzw. Kandidatenlisten zu den jeweils ausgeschriebenen Wahlen. Es ist offensichtlich, dass das Gewicht einer einzelnen Stimme darum proportional zum numerischen Wachstum der zur Wahl aufgerufenen Grundgesamtheit/Allgemeinheit sinkt.

Um das zu veranschaulichen: Wenn sich unser verehrter Herr Rubly u.a. mit einer bestimmten Vorstellung zum Schwimmbadbau in dem Bezirk Kusel zur Wahl stellt, hat jede einzelne Stimme, die ihn in diesem Vorhaben unterstützt, natürlich einen anderen Stellenwert, als wenn sie der gleichen Partei, der er auch angehört, für ihre Vorstellungen zur Weiterführung von Bankenrettungsschirmen in krisengeschüttelten Partnerländern der Eurozone, die sie im Rahmen ihres Wahlprogramms für die Bundestagswahl präsentiert, gegeben wird. Das hat absehbarerweise auch seine Konsequenzen bei der Umsetzung des jeweiligen Wahlversprechens, von dem Herr Rubly wesentlich schwieriger Abstand nehmen kann, als der von der neuen Bundesregierung geführte Finanzausschuss, der erheblich leichter mit der Verstimmung einzelner Wähler spielen kann, die sich auf Grund irgendwelcher bereits sehr bürgerfern erzielten innerparlamentarischen oder sogar internationaler Kompromisse einstellen kann.

Fazit: Der faktische Einfluss des einzelnen Wählers auf tatsächliche Politik schrumpft von „gering“ auf lokaler Ebene zu „verschwindend“ auf Makroebene (Länderebene, Deutschland, EU-Niveau).

Ist ein Bürger also entschlossen, für die weitgehende Durchsetzung seiner Vorstellungen energischer einzutreten, so bleiben ihm laut Definition noch zwei Optionen offen:

- Er steigt selbst in den Kreis der erlauchten Repräsentanten des Gemeinwesens auf und muss sich dann „nur“ noch auf quasi horizontaler Ebene mit den übrigen Volksvertretern um die Durchsetzung „seiner“ Standpunkte herumschlagen, von deren Urform in derselben Abnahmelinie, die schon erwähnt wurde, nach Durchlaufen **aller** gremiumstypischen Konsensrangeleien auch nicht mehr viel übrig bleiben dürfte. (Dass, etwas milchmädchenhaft gerechnet, die Ausgangswahrscheinlichkeit, einen dieser „Plätze an der Sonne“ der nationalen Gesamtverantwortung zu ergattern, mit 1:100.000 auch nicht gerade aussichtsreich ist, sei nur als Randnotiz angemerkt.
- Zumal, und damit kommen wir zum dritten Punkt der DUDEN-Definition, der Weg dahin, ohne einen vorherigen internen Aufstieg entweder in einer der seinen Vorstellungen nahestehenden Parteien oder einem der relevanten, auf Politik lobbyistisch Einfluss übenden Interessensverbände, Kirche, Gewerkschaften, Unternehmerverbände, etc.) noch nicht einmal zum Kandidatenstatus reicht. Summa summarum wird sich politisches Engagement für die meisten – und das sind gemessen am Gesamtvolk noch

nicht einmal so viele – auf Basiszugehörigkeit der in großen Parlamenten vertretenen Parteien beschränken. (Die Mitgliederzahlen schwanken natürlich, aber in Deutschland ergab sich in der Frage auf Grund verlässlicher Statistiken für Ende 2016 in etwa folgendes Bild: Union: 430.000 + 140.000 = 570.000; SPD: 430.000; Grüne: 60.000; Linke: 60.000; FDP 50.000 und AFD: 25.000, zusammen also circa 1,2 Mio. Mitglieder der im Bundestag vertretenen Parteien. Im Verhältnis zum Zensus der Wahlberechtigten in Deutschland (62 Mio.) also ein parteiübergreifender Organisationsgrad von gerade einmal 2%.)

Bedenkt man zusätzlich, dass es für Parteieinsteiger auch nicht gerade ein Zuckerschlecken ist, sich gegen eingeführte Diskurstraditionen, sowie Untergruppierungen, „Amigos“ und Interessenskoalitionen, etc. mit innovativen Inhalten überhaupt Gehör zu verschaffen, geschweige denn, sie auf einer parteiinternen Prioritätenliste zu platzieren, so kann man, glaube ich, getrost davon ausgehen, dass der weitaus größte Anteil des ausgezählten parteipolitischen Engagements im Kartelleichtum besteht, über dessen Gründe ich hier nicht im einzelnen spekulieren möchte. Viel bleibt also auf den ausgetretenen Pfaden nicht an Partizipation des eigentlichen Souveräns an Entscheidungen über seine eigenen Geschicke und das hat nicht nur m.E. viel damit zu tun, wie aussichtslos persönliche Einflussnahme auf politische Entscheidungen für die meisten im Rahmen der bestehenden Möglichkeiten ist. Grosso Modo wird dieser weitgehende Beteiligungsausschluss der weitesten Bevölkerungsteile von diesen mit einer Art resignativem Opportunismus hingenommen:

- „So lange die Kasse stimmt, sollen die da oben mal so weitermachen.“
- „Die machen doch sowieso, was sie wollen.“
- „Denen geht’s doch nur um ihre Pfründen.“

Um nur einige der häufig wiederholten Sprachregelungen, die dieser Einstellung entspringen, hervorzuheben. Bei aller Lethargie beinhalten sie indes ein gefährliches Sprengpotenzial, da mit der gezeigten Indifferenz auch eine entsprechende Geringschätzung einhergeht: Anders ausgedrückt, es gibt eine latente Überzeugung, dass, wer wirklich drastische Änderungen oder Abstellungen vermeintlicher oder tatsächlicher Missstände will, an den bestehenden Mechanismen vorbei, bzw. gegen sie agieren muss.

Sofern dergleichen Überlegungen geäußert werden, bleiben sie zunächst auf dem Niveau verbalradikaler Stammtischproteste hängen und am nächsten Tag geht „business as usual“ weiter.

Wenn allerdings ein, wie auch immer gearteter Startschuss des Typs „Jetzt reicht’s!“ fällt, kann sich das individuelle Unbehagen sehr schnell in eine kollektive Protesthandlung verwandeln und damit den Rohstoff für die Gründung politischer Bewegungen abgeben, die dann, wie wir zeitnah wahrnehmen können, sehr häufig als von sich aus populistische Formationen auftreten (nicht müssen!), aber - deshalb die lange Einleitung! – die vorliegenden systemischen Grundlagen mit ihren Hindernissen durchaus als negative Wegweiser für eigenes politisches Handeln interpretieren können.

B.5 Protestbewegung und politische Bewegung

Auch wenn das bisher Dargelegte vielleicht an der ein oder anderen Stelle Kopfschütteln oder ein „was hat das mit dem Thema zu tun?“ hervorgerufen haben mag, weil doch eigentlich alles in allem das Meiste in der Gesellschaft über Jahrzehnte hinweg in offenkundiger Einvernehmlichkeit und Mäßigung „Pi mal Daumen“ zum Wohle der Allgemeinheit funktioniert hat. Dennoch schien es mir angebracht, die unter der Oberfläche des Funktionierens bestehenden, zumindest großteils aus den eigenen Ordnungsprinzipien und -procederes resultierenden Sollbruchstellen der modernen demokratischen Gesellschaften herauszuarbeiten, da es m.E. zu kurz greift, anzunehmen, dass neue, eventuell antisystemische politische Bewegungen sich mehr oder weniger der Zufälligkeit verdanken, dass ein paar extremistische Wirrköpfe grundlos Unfrieden in unser wohlgeordnetes demokratisches Kleingartenidyll streuen und mit ihren demagogischen Phrasen auch noch, unverdientermaßen natürlich, erfolgreich wachsende Bevölkerungsteile auf ihre Seite ziehen wie weiland der bekannte Rattenfänger die Kinder von Hameln.

Die Frustration, die den neuen „Heilsbringern“ Zulauf verschafft, ist - so der Gedankengang – eine, die die Gesellschaft selbst in ihrem Alltagsgeschäftsgang erzeugt und nicht etwa eine, die erst von einfallsreichen Demagogen induziert wird. Nun ist es so, dass sich außerparlamentarischer Unmut gegen bestimmte politische Maßnahmen (z.B. Bildungs-, Gesundheits- oder Rentenreform) immer wieder einmal regt und dann nach entsprechenden kosmetischen Konzessionen auch wieder verstummt oder nur noch im Kleinen weiterschwelt. Es müssen schon in irgendeiner Weise „Großereignisse“ in die sonst so harmonische Welt treten. Da jenseits von bestimmten Peergroups und deren Anliegen (Rentner, Studenten), mit eher marginalen solidarischen Sympathien, oftmals sogar harscher Ablehnung und Kritik anderer Gesellschaftsgruppen zu rechnen ist, ist zum faktischen Übergang von One-Issue-Protestbewegung zu politischer Bewegung (Parteigründung) ein gruppenüberschreitender Konsens in der breiteren Ablehnung praktizierter Realpolitik (Opposition mit eingeschlossen!) nötig, der dann die Protestierenden gar nicht mehr in ihrer jeweiligen Gruppenidentität eint, sondern viel abstrakter und allgemeiner als von Klassen-, Schichten-, und Gruppeninteressen getrennten neuen soziologischen Phänotyp charakterisiert:

Das ist die Geburtsstunde des sogenannten **Wutbürgers** für Deutschland und des **indignado** (Empörter) für Spanien – auch der **angry white man**, der in den USA als Hauptverantwortlicher für den Wahlerfolg des bisweilen sehr am Rande des Establishments und sehr populistisch auftretenden Präsidenten Donald Trump ausgemacht wird.

Auch für den Wutbürger, bzw. Indignado sind natürlich erst einmal relativ singuläre Ereignisse maßgeblich:

- Etwa die mit dem an sich problembehafteten Begriff der „Asylantenflut“ umschriebene massive Flüchtlingszuwanderung vor allem aus traditionell islamischen Ländern in Deutschland.
- In Spanien die wirtschaftlichen Einschränkungen auf breiter Ebene (Bildung, Gesundheit, Arbeitsmarkt, Zwangsenteignungen von überschuldetem Wohnraum, etc. im Rahmen des Austerity-Programms der Zentralregierung zur Rettung des maroden Finanzsystems.

Allerdings kommt sowohl im „Wutbürgertum“ als auch in der Indignation erheblich mehr als nur die Verletzung eines Parikularinteresses zum Ausdruck. Die Kritik richtet sich vielmehr gegen das gesamte Establishment, das die nationalen/gesellschaftlichen Grundlagen des jeweiligen Gemeinwesens systematisch ruiniert und deshalb als „Volksvertretung“ im eigentlichen Sinne nicht mehr tragbar sei. Deshalb – und da bekommt jetzt alles vorher Erwähnte seine eigentlich erodierende Wirkung – sei es auch keine Frage mehr davon, ein paar Köpfe der Führungsriege durch andere zu ersetzen, bzw. den soundsovieltel Wechsel an der Regierungsspitze der einen Volkspartei durch die andere herbeizuwählen. Stattdessen wird das gesamte etablierte Spektrum – unter Einschluss der ihnen nahestehenden außerpolitischen Institutionen (Medien, Stichwort: Lügenpresse) gewissermaßen verschwörungstheoretisch als eigensüchtige, korrupte und letztlich volksschädliche Kaste denunziert, die nur durch eigene, nicht korruptierte, direkt mit dem „eigentlichen“ Volksinteresse verknüpfte Organisationsformen und Vorgehensweisen zu überwinden sei.

So jedenfalls die Botschaft derer, die sich auf Grund ihrer intellektuellen und/oder logistischen Möglichkeiten als Sprachrohr und Anwälte dieses nun schon relativ zahlenkräftigen „Volkszorns“ profilieren.

Das ist, alles noch sehr abstrakt-methodisch ausgedrückt die an dieser Stelle richtungsunspezifische Geburtsstunde populistischer Makrobewegungen – nicht die einzige, wie etwa das naheliegende Beispiel der inneren Wandlung der FPÖ zeigt – aber mit Sicherheit in Deutschland und Spanien (dort für **beide** populistischen Großströmungen, wie wir noch sehen werden), wo sich der politische Aufstieg auf bereits vorliegenden sich langsam verbreitenden „Jetzt reicht’s“-Haltungen begründete. Wie sich das gestaltet, selbst befördert und wie sich Zug um Zug erkennbare Richtungen herauskristallisieren, werden wir im nächsten Abschnitt beleuchten.

B.6 Die verschiedenen Populismen und ihre Einschätzung

Als die ersten Kontakte und Absprachen zu dieser Veranstaltung stattfanden, wäre im Prinzip alles so wunderbar einfach gewesen. In Deutschland wäre in Sachen Populismus der spektakuläre Zuwachs der AfD als Rechtsoutdrop einer über mehrere Legislaturperiode gehenden Mitte-Links-(GroKo) bzw. als Intermezzo Mitte-Koalition (CDU/CSU/FDP) als irgendwie logischer Füller eines mutmaßlichen Vakuums zu betrachten gewesen. Mit derselben Logik, allerdings in umgekehrter Richtung, hätte man dann in Spanien „Podemos“ als Vakuumfüller eines sehr rechtskonservativ (PP) regierten Landes mit einer nicht so recht „linksaktiven“ PSOE und einer fast zur Bedeutungslosigkeit geschrumpften, einstmals eher eurokommunistischen, extremen Linken (IU) verstehen können. All dies hätte einwandfrei das bei ähnlichen Schulungen beliebte Achsenmodell von Linksradikal – linksextrem – linksliberal – liberal – rechtsliberal - rechtsextrem zu rechtsradikal an den entsprechenden Stellen paradigmatisch ausgefüllt und fertig wäre die Situierung. Die weitere Debatte hätte dann mehr darin bestanden, Schnittstellenproblematiken und mögliche Dynamiken ganz heraus aus dem demokratischen Konsens oder wieder zurück ins heimelige Idyll der angenehmen Mitte spekulativ zu erörtern.

Nun hat uns allerdings gerade die jüngste Entwicklung in Spanien mit dem vorläufig unaufhaltsamen Aufstieg der Bürgerpartei (Ciudadanos) – aktuell die Gruppierung mit den höchsten Umfragewerten und gar nicht so einfach auf der links-rechts-Achse und

schon gleich nicht außerhalb der als mittig-demokratisch angenommenen Zone unterzubringen ist – einen heftigen Wink mit dem Zaunpfahl verpasst, dass man sich die Sache nicht ganz so einfach und nicht so schematisch-schubladenhaft machen sollte.

Sammeln wir zunächst ein paar Gedanken, die Zweifel an der obigen klassischen Rechts-Links-Klassifizierung aufkommen lassen:

Irgendwie scheinen mir die daraus resultierenden Definitionen etwas zirkumstantiell und weniger aus sich selbst heraus bestimmt. Anders ausgedrückt: Was folgt eigentlich daraus, wenn wir die AfD wahlweise als „NSDAP-light“ oder als „CSU-heavy“ interpretieren? – Bzw. spiegelbildlich Podemos als „ML light“ oder „Sozis von altem Schrot und Korn“ wahrnehmen?

Unabhängig davon, dass es in den benannten Parteien Strömungen geben mag, die vielleicht die eine oder andere der genannten Klassifizierungen verdienen könnten, ist es nach aktuellem Stand natürlich völlig spekulativ anzunehmen, dass es sich bei beiden um sich langsam aus dem Schafspelz protestierender Bürgervereinigungen schälende Wölfe handle, die bei erstbesteter Gelegenheit das jeweilige Land in eine faschistische bzw. stalinistische Diktatur verwandeln würden. (Man vergleiche etwa das militant-gewalttätige Auftreten der NSDAP bis zur Wahl Hitlers als Reichskanzler.) Es ist allerdings auch nicht anzunehmen, auch wenn das Unionsrechtsausleger wie Jens Spahn, Markus Söder oder Horst Seehofer glauben möchten, dass durch den gezielten Einbau in die eigene Politik von manchen ihrer „pushing arguments“ (Ausbau der inneren Sicherheit, Obergrenzen, Grenzkontrollen, etc.) die Wähler der AfD wieder einfach ins institutionell-konstitutionelle „Reich der Mitte“ zurückzugewinnen wären (jedenfalls nicht massiv!). Das verkennt m.E. ein zentrales Moment der verschiedenen Populismen, das im Diskurs von AfD und Podemos neben inhaltlichen Kernanliegen scheinbar nur als Sekundäranschauung, bei den gerade so aufstrebenden Ciudadanos indes als das **eigentliche**, alles Inhaltliche überstrahlendes Kernanliegen auftritt: Das grundtiefe Misstrauen gegen den gesamten etablierten institutionell-konstitutionellen Überbau der Gesellschaft.

Das wird im Folgenden noch an Hand der jeweiligen Vorgehensweisen, bzw.

Evolutionen der verschiedenen Gruppierungen nachzuweisen sein, bildet aber nach meinem Urteil den entscheidenden gemeinsamen Nenner, der Populismus als eigene Art, Politik zu machen, grundsätzlich von anderen Politikstilen unterscheidet und darin auch einen neuen abstrakten Inhalt verfolgt, der anders als – wie heftig auch immer vorgetragene -politische Detailforderungen einen echten Systemsprengsatz bedeuten kann.

Um uns richtig zu verstehen: Damit soll keineswegs ausgeschlossen werden, dass eine Hinwendung zu populistischer Politikführung nicht auch in einer Art systemimmanenten Paradigmenwechsels, gewissermaßen „ex officio“ stattfinden kann, im Gegenteil: das ist ein durchaus denkbarer Verlauf – Österreichs jüngste politische Entwicklung wäre ein naheliegenderes Beispiel, wo ausgehend von der schon länger zurückliegenden populistischen Wende der FPÖ (noch unter Jörg Haider) der Virus allmählich auch die ÖVP zu erreichen scheint. Auch für Deutschland scheint eine solche Entwicklung nicht gänzlich ausgeschlossen – dazu später mehr.

Wir wollen hier allerdings in erster Linie den Fall behandeln, in dem neue politische Gruppierungen ihr populistisches Kapital aus Erosionsprozessen der bestehenden Gesellschaft schlagen. Wie wurden nun im Einzelnen aus Unzufriedenheit und

Protesthaltungen politische Parteien, die das konventionelle Parteien- und Machtgefüge ordentlich durcheinanderwirbeln, wenn sie auch von Machtübernahme im eigentlichen Sinne in unseren Beispielen allesamt ein gutes Stück entfernt sind. Es geht mir dabei weniger um einen minutiösen, faktenstrotzenden historischen als vielmehr einen begrifflichen Abriss.

Die AfD

Die AfD war bei ihrer Entstehung von ihrer ursprünglichen Ausrichtung her beileibe keine „volksnahe“ Gruppierung, ihr stand auch zunächst einmal keine größere, noch politisch unorganisierte Protestbewegung als virtuelle Anhängerschaft zur Verfügung. Entstanden ist sie aus einer wachsenden Skepsis gegenüber der durch die Einheitsheitswahrung Euro geprägte EU-Finanzpolitik und einem klaren Bekenntnis zu einer konsequent neoliberalen Wirtschaftsordnung. (Medienbekannte frühere Wirtschaftslenker wie Olaf Henkel und der VWL-Professor Bernd Lucke, die bis zur AfD-Gründung den Münchner IFO-Chef und Großökonom Hans-Werner Sinn durchaus an ihrer Seite wussten.)

Hauptaufhänger, noch vor Parteigründung, war die Kritik am Euro-Rettungsschirm, in Fragen der Migrationspolitik wurde eine noch nicht xenophobe Beschränkung in Abhängigkeit deutscher Wirtschaftsinteressen favorisiert (Kanadisches Modell). Seit Beginn der massiven Flüchtlingszuwanderung ab 2015 verstärkte sich die xenophobe Rhetorik und über Exponenten wie Björn Höcke und André Poggenburg (Erfurter Resolution, der Flügel) werden Verbindungen zur Pegidabewegung hergestellt. Obwohl nicht unbedingt gewünscht, wird auch der Zulauf aus eindeutig rechtsextremer Ecke zugelassen.

Betrachtet man die Entwicklung der Wahlerfolge, so kann man etwas vergrößernd sagen, dass der entscheidende „push“ mit einem immer klarer xenophob-rassistischen Diskurs einhergeht, so dass sich die Partei zunehmend als das Sammelbecken extremer rechter und fremdenfeindlicher Strömungen profiliert hat.

Zu ihrem populistischen Vorgehensprofil:

Eines muss man vorausschicken, was die AfD – im Moment jedenfalls – von praktisch sämtlichen anderen populistischen Parteien im nahen und fernerem Ausland unterscheidet: Sie verfügt über **keine** charismatische Führungspersönlichkeit, die der Bewegung gewissermaßen als Galionsfigur mit eindeutiger Richtlinienkompetenz vorsteht. Sie hat im Moment keinen Wilders, Haider, Strache, Orban, Pablo Iglesias, Albert Rivera oder für Übersee: die Kirchners, Morales, Chavez, Maduro oder wie sie auch immer alle heißen mögen – und entbehrt damit einer von vielen Populismusforschern eigentlich für unverzichtbar gehaltene Komponente.

Neben der bislang von allen übrigen Parteien durchgehaltenen Ablehnung, mit der AfD irgendeine konstruktive Zusammenarbeit einzugehen, ist das vielleicht einer der der Hauptgründe, warum sie das von sich aus auch nicht einmal ansatzweise propagiert, bzw. trotz aller faktischen Aussichtslosigkeit durchgestylte Lösungsvorschläge nach ihrem Zuschnitt für irgendeines ihrer Lieblingsproblem- oder Themenfelder versucht zu forcieren.

Einem von mehreren Tagesschauredaktionen recherchierten Strategiepapier vor dem letzten Bundestagswahlkampf zufolge verfolgt die AfD im Moment eine reine Provokations- und Destruktionsstrategie, erkennbar mit dem Ziel, die Parteienkonkurrenz zu blamieren und zu brüskieren, ohne selbst durch einen

politischen Handlungsfehler verhaltensauffällig zu werden. In diesem Sinne sind die teilweise surrealistisch anmutenden Twitter-Auftritte von Frau v. Storch ebenso zu werten, wie überhaupt das mit multiplen Identitäten arbeitende Blogging und Social-Networking, wobei mit dieser Technik teilweise haarsträubende Statements auf Zustimmungsziffern hochgeliked werden, dass man glauben könnte, die AfD stünde ganz knapp vor Erringen der absoluten Mehrheit.

Der Erfolg scheint dieser Strategie recht zu geben: Man diskreditiert auf hämische Weise jeden realpolitischen Lösungsansatz als „zu kurz gegriffen“, „zahnlos“, „in die falsche Richtung“, etc. Das suggeriert einerseits immer, dass man selbst schon „die richtige Griffweite“ drauf hätte und über die richtigen Reißzähne und die richtige Orientierung verfügen würde, ohne wegen zu wenig faktischer Macht und gegen die „Einheitsfront“ des gesammelten Establiments aus Systemparteien und Fakemedien in die Beweisnot zu kommen, ob man es denn wirklich besser hinbrächte.

Mit der damit einhergehenden Selbststilisierung als Opfer klappt dann auch der Schulterchluss mit dem gemeinen Volk, mit dem man sich gemeinsam unter dem Joch von „denen da oben“ weiss. Ewig lang kann eine solche Strategie des destruktiven Wartens nebst der Unterstützung kleiner pebisitärer Blickfangaktionen wie „Stopp für Moscheebau“ und dergleichen „direktdemokratischer Fingerübungen natürlich nicht aufgehen. Aber wenn eine Partei auf so schräge Weise in einen konsolidierten Bereich von 10%+ vorstösst, kann man sich ausmalen, was los ist, wenn sich tatsächlich noch so eine deutsche „Lichtgestalt“ wie Wilders oder Strache/Hofer profilieren sollte. Dann wäre mit einer entsprechend vorgepflegten, antisystemischen Grundhaltung wirklich die Gefahr eines Flächenbrandes gegeben.

Was das in einer an potenziellen „Zielscheibengruppen“ nicht gerade armen Gesellschaft wie der deutschen für Zustände herbeiführen mag, will man sich nicht einmal in seinen kühnsten Alpträumen vorstellen.

Das System reagiert zwar, aber wo es das tut, tut es das nicht gerade auf die glücklichste Weise. Doch dazu mehr im nächsten Abschnitt, zunächst ein kurzer Abriss über die beiden spanischen Populismen Podemos und Ciudadanos, die sich in mancherlei Hinsicht von der AfD und ihren Vorgehensweisen unterscheiden.

Podemos

Mit Podemos haben wir zunächst einmal ein offenkundig linkes Pendant zu den ansonsten im europäischen Raum weitgehend dominierenden Rechtspopulismen. Das verändert manches in der Sicht der Dinge und reduziert Gemeinsamkeiten oftmals auf rein formelle Aspekte.

Eine gewisse Ähnlichkeit besteht wohl darin, dass die „Rohmasse“ dieser neuen Gruppierung auf ein massenhaft spürbares bzw. geäußertes Unbehagen in der Bevölkerung dieses von der Finanzkrise und ihren politisch veranlassten Überwindungsstrategien gebeutelten Gesellschaft zurückgeht, die sogenannten Indignados/Empörten. (Auch hier werden, als schwacher gemeinsamer Nenner gewisse europakritische Stimmen laut, vor allem bezüglich der Auflagen zur Stabilisierung des nationalen Finanzsystem und den daraus abgeleiteten sozialen Härten.) ein wesentlicher Unterschied zu den Rechtspopulismen besteht darin, dass über das eben Gesagte hinaus als Alleinverantwortliche die Politiker des nationalen Establiments, die sogenannte „Kaste“, für ihr Verhalten gegenüber dem einfachen Volk direkt kritisiert werden und nicht als Manager einer zu Unrecht alimentierten

Bevölkerungsgruppe, die eigentlich gar nicht dazugehört. Die in diesem Zusammenhang vorgetragenen Anliegen hören sich deshalb, abgesehen von dem Kastenbegriff selber, weniger verschwörungstheoretisch an und erinnern in ihrer Substanz eher an den klassischen Forderungskatalog einer konsequenten Sozialdemokratie mit etwas grüner Beimischung. In der Tat füllt Podemos, wie schon erwähnt, in dieser Hinsicht im politischen Panorama Spaniens ein Vakuum, das durch eine gewisse Rechtsbewegung der traditionell sozialdemokratischen PSOE einerseits und dem Schwinden fast bis zur Bedeutungslosigkeit der einstmaligen starken extremen Linken (heute: IU), entstanden ist. (Dass an dieser Stelle ein waches Repräsentationsbedürfnis besteht, merkt man anekdotischerweise schon daran, dass gelegentlich eher im akademischen Rahmen und eher theoretisch ausgelegte Seminare mit Podemosvertretern als Gastreferenten bezüglich des Publikums wie ein Veteranentreffen teildesillusionierter Altgewerkschaftler und „missionslos“ gewordener sonstiger Ex-Linksaktivisten wirken.)

Wenn man nach explizit populistischen Merkmalen sucht, so sind neben der tiefen Kritik an der „korrupten“ Kaste der Etablierten und dem damit einhergehenden Ruf nach mehr direktdemokratischem Einfluss von unten (dekoriert mit einem ostentativen Verzicht auf einen Großteil der Abgeordnetenbezüge zugunsten der Partei), einer zunächst einmal unantastbaren, charismatischen Führergestalt – Pablo Iglesias, mediengewandt und auch vom Erscheinungsbild etwas messianisch!) meines Erachtens hervorzuheben, dass eine gewisse Unlust zur **machtteilenden** Kooperation mit anderen relativ affinen politischen Kräften besteht. Nach dem ersten Unergang der landesweiten Wahlen 2015, aus dem Podemos als drittstärkste Kraft insgesamt und zweitstärkste linke Partei wenn man die PSOE noch eher diesem Spektrum zurechnen will) hervorgegangen ist, wäre es beinahe zu einer, für spanische Verhältnisse an sich völlig unüblichen, echten Koalitionsregierung aus PSOE/Podemos gekommen, doch ließ letztlich Podemos die Einigung bis zur Wahl des Regierungschefs, in dem Fall Pedro Sánchez (PSOE) platzen. Dies und die in der Wiederholungswahl verstärkte Konsolidierung der PP, ohne seinerseits an der PSOE als stärkste „linke“ Kraft vorbeiziehen zu können, hat im Grunde die Partei im Inneren gespalten und eine Debatte ins Leben gerufen, die in mancher Hinsicht lebhaft an den mittlerweile fast vergessenen Richtungsstreit innerhalb der Grünen zwischen Realos und Fundis erinnert.

Da sich Podemos in seiner sehr grundsätzlich plebiszitoffenen Ausrichtung, im Widerspruch zur eigenen Haltung in der Frage der katalanischen Unabhängigkeit, quasi aus demokratie-methodischen Gründen für die Berechtigung eines katalanischen Referendums stark gemacht hat – wohl gemerkt: ohne selbst für die Unabhängigkeit zu sein – haben sie sich sowohl im gesamtspanischen Panorama isoliert, da PP, Ciudadanos und PSOE unabhängig von ihren sonstigen Differenzen in einer dezidiert zentralspanischen Position einig sind. Aber auch in Katalonien selbst hat ihnen die vermeintliche „Mittlerposition“ keine neuen Sympathien eingebracht. – Es scheint so, als ob in nationalen Schicksalsfragen tatsächlich nur noch Fahnen unterschiedlichen Designs für unterschiedliche Identitäten gefragt sind.

Neueren Umfrage zufolge hat Podemos in der Wählergunst etwas eingebüßt, ohne allerdings von einem Erdbeben sprechen zu können.

Deshalb ist anzunehmen, dass sie dem Land als politische Kraft erhalten bleiben werden, obwohl der Anfangshype etwas verblasst ist. Dies zumal sie sich auch nie

geweigert haben, auf niedrigerer Ebene faktische administrative Verantwortung zu übernehmen, wo ihnen das Wahlervotum die Möglichkeit dazu geboten hat. Dazu gehören immerhin die Bürgermeisterämter der beiden größten spanischen Städte Madrid und Barcelona (wobei Manuela Carmena mit „Ahora Madrid“ und Ada Colau mit „Barcelona en Comú“ formell unabhängigen, aber im größeren Rahmen strikt mit Podemos alliierten Untergruppierungen angehören).

Die unausgestandene „Realo-Fundi“-Debatte wird zeigen, wohin die Zukunft der Partei führt, ob sie sich pragmatisch der „Kaste“ annähert oder als radikalkritische Stimme am Rande des Spektrums aufstellt. Was dann im Einzelnen daraus wird, bleibt abzuwarten und ist zum jetzigen Zeitpunkt allerdings pure Spekulation.

Ciudadanos

Allerhand theoretisches und praktisches Kopfzerbrechen bereitet – und nicht nur mir – der Shooting-Star der spanischen Parteienlandschaft Ciudadanos (in etwa: Bürgerpartei). Eigentlich passt diese Gruppierung in keines der gängigen, oben erwähnten Populismusschemen, die sich üblicherweise darauf gründen, dass sich etwas außerhalb des breiten Systemkonsenses liegende ideologische Grundhaltungen mit einem, auch vor Aushebelungstechniken systemischer und konstitutioneller Grundfesten nicht sonderlich zurückschreckenden Willen zur Macht bündeln. Mit Ausnahme einer im Kern neoliberalen Wirtschaftsauffassung, einem klaren Bekenntnis zur spanischen Einheit und zum Konstitutionalismus liegen eigentlich keine programmatischen Anhaltspunkte vor, die (a) nicht so oder ähnlich von der einen oder anderen etablierten Partei ohnehin schon vertreten und (b) dass sie, jenseits dessen, dass sie selber statt anderer gerne das Heft in die Hand nehmen würden, irgendeine radikale Opposition gegen bestehende „Kastenparteien“ betreiben würden. Man muss also schon etwas innovativ nach Indizien suchen, wenn man eine Charakterisierung als Pöplismus herleiten will.

Versuchen wir es einmal:

- In klassisch pikaresker Manier als „Diener vieler Herren“ machen sie den Steigbügelhalter anderer Parteien, denen die nötigen Stimmen für eine jeweils eigene Mehrheit fehlen. So stützen sie die PSOE in der andalusischen Regionalregierung, die PP in der Comunidad de Madrid auf Länderebene und die PP im nationalen Rahmen, ohne, wie es in Spanien auch üblich ist, an den jeweiligen Regierungstätigkeiten selber beteiligt zu sein. Das können sie sich nun einerseits als Verdienst um die gesamtgesellschaftliche Verantwortung für die prinzipielle „Regierbarkeit“ – im Unterschied zu einem anhaltenden Patt – auf die Fahnen schreiben, andererseits aber auch weiterhin kritisch gegen die tatsächliche Amtsführung inklusive des omnipräsenten Korruptionsvorwurfs wettern, da sie selbst für die konkrete Ausführung ja nicht zuständig sind. Das heißt, sie können sich mühelos als die um das Allgemeinwohl besagte Agentur schlechthin auf Kosten derer profilieren, die sich im politischen Alltagsgeschäft – wie wohl von ihnen mitinthronisiert – **alleine** die Finger schmutzig machen. Während jeder konventionelle Politiker natürlich zumindest im Hinterkopf hat, dass er in einer von gegensätzlichen Interessen beherrschten Welt mit einer konkreten politischen Maßnahme erst einmal den Beifall der einen und die Kritik der anderen auf sich zieht

und dann mit kosmetischem oder rhetorischem Geschick wieder so etwas wie einen von allen als tragbar empfundenen Kompromiss herzustellen versucht, antizipiert die „Für alles und alle“-Haltung im Sinne einer „alternativlosen“ technokratischen Allgemeinwohlvernunft einen Alleinvertretungsanspruch als scheinbar interessenlose „Gute“, wie er kritikresistenter und totalitärer kaum ausfallen könnte. Man mag sich wieder einmal nicht vorstellen, wie sich so etwas in „Amt und Würden“ entwickeln würde.

- Dies garniert mit einer charismatischen Führerfigur des Typs „idealer Schwiegersohn“, wie ihn Albert Rivera verkörpert, ist dann schon ein Gegenentwurf, der **mit** dem bestehenden Verfassungsrahmen ein neues Gesellschafts- und Politikmodell in Gang zu setzen vermag. Die demonstrative „Ideologiefreiheit“ läuft Gefahr zur institutionalisierten **Ideologie** schlechthin zu werden.

Ich stelle hier jetzt einmal die These auf, dass dieser All-you-catch-party-Typ, wie es der deutsch-amerikanische Staatsrechtler Otto Kirchheimer einmal genannt hat, einen Populismus neuen Zuschnitts und vielleicht den gefährlichsten überhaupt verkörpert.

Nachdem wir jetzt ausgiebig über gesellschaftliche Grundlagen für die Ausbildung von Populismen, die Ausformung verschiedener konkreter Typen und ihre Bezugnahme auf Gesellschaft und Staat gesprochen haben, wäre es nun an der Zeit, unter die Lupe zu nehmen, inwieweit **wegen** ihrer beträchtlichen Erfolge diese Populismen auch einen über ihre faktischen Wahlergebnisse hinausgehenden „impact“ auf den politischen Diskurs im Allgemeinen haben und welche eventuellen Gefahren für Demokratie und gesellschaftliche Wirklichkeit daraus resultieren.

B.7 Streuwirkungen des populistischen Diskurses

Die zweifelsfreien Erfolge populistischer Strömungen dies- und jenseits der Pyrenäen (in Spanien, wenn man beide zusammennimmt im Bereich von 30-35% bei den letzten gesamtspanischen Wahlen und virtuell um die 45% nach aktuellen Umfrageergebnissen – in Deutschland solid über 10% und in manchen Regionen noch deutlich darüber), lassen die Etablierten schon auf Grund der eingangs erwähnten technischen Schwierigkeiten, unter diesen Bedingungen stabile Regierungen im Rahmen des übrigen Parteienspektrums zu bilden, aber auch aus ideologischen Gründen nicht unberührt – irgendwie gehört das auch beides zusammen, schließlich würde ja jeder nicht nur gerne Recht haben, sondern auch die verdienten Wahlstimmen dafür bekommen.

Es wird also auf die verschiedensten Weisen auf die populistische Herausforderung reagiert – doch nicht immer wird dabei ein glückliches Händchen gezeigt. Wir wollen im Folgenden zwei relativ weit entgegengesetzte Umgangsweisen zeigen, die jeweils ihre ureigenen Schwächen und Stärken haben. In Wirklichkeit gibt es natürlich jede Menge Mischformen, die mehr der einen oder der anderen Seite zuneigen, die aber jeder für sich selber auf die Achse der beiden Extreme projizieren kann.

- Eine erste Reaktion besteht in einer mehr oder minder runden Zurückweisung der vorgetragenen Anliegen – und natürlich ihrer Vertreter, bzw. einer schroffen Ablehnung, der zu ihrer Begründung herangezogenen

„Befund“, was bis zur offensiven Ignoranz derselben führen kann (selbst wenn sie mal ein Körnchen Wahrheit enthalten).

- So verständlich im Einzelnen der Wunsch sein mag, manche abstrusen Standpunkte schlichtweg zu ignorieren, so bringt das doch eine Reihe von verhängnisvollen Folgen in der demokratischen Öffentlichkeit mit sich: „Nicht zuhören können“ ist ein Standardvorwurf mit dem populistische Politiker und Anhänger gleichermaßen operieren. In gewisser Hinsicht würde man ihnen da sogar recht geben, ergo droht weiterer Stimmenverlust.
- Das Bestreiten sogenannter „alternativer Fakten“ mag der Sache nach angebracht sein, aber wenn beim 10., 15. Oder 20. Vorfall wieder der Aufschrei „Muselterror“ erschallt, verliert der Konter „Einzeltäter“, so richtig er sein mag - doch in leicht einsichtiger Weise in indirekter Proportionalität an Überzeugungskraft – also wieder eine Steilvorlage für die demagogische Propaganda. – Einmal abgesehen davon, dass man die sture Reiteration seines eigenen Standpunktes zwar nicht als Debattenform erfunden haben muss, wenn man sie jedoch als rhetorisches Prinzip übernimmt, leistet man der Debattenkultur als solcher einen Bärendienst. Auch wenn dieses Verhalten nicht notwendigerweise in einem zunehmenden Publikumszuspruch auf der anderen Seite materialisiert werden muss, ist eine sich zusehends verhärtende Polarisierung der Gesellschaft eine unvermeidliche Folge. So ernüchternd es im Einzelfall auch sein mag, aber die Entgegnung auf grobe, konfrontative Vereinfachungsmuster bestimmter Standpunkte kann nur in einem stringend differenzierenden Diskursbemühen liegen und nicht darin, einer ohnehin siechen Debattenkultur durch eigenes Zurückkeilen noch ein wenig zusätzliche Sterbehilfe zu leisten, so gut die Ausgangsabsicht auch gewesen sein mag.

Das andere Extrem, sich der oppositionellen Anliegen insofern anzudienen, dass man sie gleich zur „Chefsache“ erklärt, wird in Unionskreisen vor allem von den Erbgenerationen des eingangs zitierten Franz-Josef Strauß favorisiert. In dem Sinne sind jedenfalls der frischgebackene bayrische Ministerpräsident Markus Söder, sowie sein Amtsvorgänger und neuer Bundesinnenminister Horst Seehofer interpretierbar, wenn ersterer im Rahmen seiner Aschermittwochsrede ankündigt, die „Luftthoheit“ über zumindest die bayrischen Stammtische (ausgerechnet!) zurückerkämpfen zu wollen und der zweite völlig ungefragt und ohne Not ausgerechnet in der Antrittsphase seines neuen Amtes mit einem Statement zu der unseligen Frage „Gehört der Islam zu Deutschland?“ gleich einmal die rechtspopulistische Liebingsfrau durch's Dorf treiben muss. Von den Exponenten der größeren Schwesterpartei muss dann natürlich der Partei-Rookie Jens Spahn auch noch nachlegen und konkurriert doch faktisch noch mit Frau v. Storch um die Ehre, wer Herrn Orban als Erster und am herzlichsten zu seinen Erfolgen gratuliert. Was damit erreicht werden soll, liegt auf der Hand und ist integraler Teil einer im Prinzip uralten Technik im demokratischen Wahlkampf: „Themen besetzen und Sachkompetenz demonstrieren“ heißt das im altbekannten Poltikspeech und soll wohl der hehren Aufgabe dienen, unschlüssige und abtrünnige Wähler wieder an den eigenen Herd zu holen. Das Brisante der Angelegenheit ist nur, dass da in der aktuellen Situation mit Rechtsgütern gespielt

wird, die im Grunde verfassungsrechtlich gedeckt sind (Religionsfreiheit, Asylrecht, etc.). Dass diese den populistisch-xenophoben Rechtskritikern ein Dorn im Auge sind, wirft nicht grundlos gewisse Zweifel an deren Verfassungstreue auf. Was es in Sachen demokratischer Fortschritt und Forbestand bringen soll, wenn diese antagonistischen Positionen vom „Schmidtchen zum Schmidt“ verlagert werden, bleibt das Geheimnis der Herren Söder, Seehofer und Spahn. – „Selbstpopulisierung“ als Geheimwaffe gegen Populismus? – das könnte noch heiter werden (liegt vielleicht an meinem fränkischen Akzent, dass da eine unüberhörbare Assonanz zum Namen eines österreichischen Politikers durchklingt, der diesen Weg schon vor langer Zeit gegangen ist!)

Dass diese Nummer schon zu Lebzeiten des „Großen Vorsitzenden“ nicht ganz aufgegangen ist, könnte man indes schon daran erkennen, dass seinerzeit die einzige nennenswerte rechtspopulistische Gruppierung ausgerechnet im und aus dem Schoß seiner ureigenen und seinem Bekunden nach einzigen für dieses Problem sensiblen Partei hervorgegangen ist.

Summa summarum: Es bleibt schwierig in schwierigen Zeiten, aber dafür können wir uns nach der Kaffeepause hoffentlich in schönster demokratischer Debattentradition die Köpfe heiß reden!

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit!

**Dr. Kurt Rüdinger (Universität Sevilla)
(04/2018)**